

## Familie und Wahl

### Ergebnisbericht

6. Februar 2013  
q2740/27743 Mü/Le

Max-Beer-Str. 2/4  
10119 Berlin  
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

## Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	2
1. Meinungen zur Familienpolitik der Bundesregierung	3
2. Meinungen zur Förderung von Familien	9
3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf	16
4. Meinungen zum Thema Kinderbetreuung	22
5. Meinungen zur Bildungspolitik	24
6. Für die Wahlentscheidung wichtige Themen	27

## Vorbemerkung

Im Auftrag der Zeitschrift Eltern hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, Berlin und Dortmund, eine repräsentative Befragung unter Eltern zum Thema „Familie und Wahl“ durchgeführt.

Einige Fragen wurden in analoger Weise bereits vor der Bundestagswahl 2009 gestellt. Sofern die Unterschiede zwischen beiden Erhebungen signifikant sind, wird im Bericht explizit darauf hingewiesen.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.000 Mütter und Väter von minderjährigen Kindern in der Bundesrepublik Deutschland befragt.

Die Erhebung wurde vom 7. bis 25. Januar 2013 mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt. Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

## 1. Meinungen zur Familienpolitik der Bundesregierung

Lediglich gut ein Drittel (38 %) der befragten Eltern hat den Eindruck, dass die derzeitige Bundesregierung konkrete familienpolitische Ziele verfolgt. Die meisten (61 %) können dies nicht erkennen.

Besonders die Eltern mit mittlerem Schulabschluss sowie die Anhänger von SPD und Grünen bezweifeln, dass die Regierung konkrete familienpolitische Ziele verfolgt.

### ■ Meinungen zur Familienpolitik der Bundesregierung

	Es haben den Eindruck, dass die derzeitige Bundesregierung konkrete familienpolitische Ziele verfolgt	
	ja %	nein, das kann man eher nicht erkennen % <sup>*)</sup>
insgesamt	38	61
Ost	34	66
West	39	60
Hauptschule	31	69
mittlerer Abschluss	28	70
Abitur, Studium	46	54
Anhänger der		
CDU/CSU	55	45
SPD	25	72
Grünen	36	64

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Einschätzung der Eltern, in welchem Ausmaß sich die Koalition für die Realisierung zentraler familienpolitischer Ziele einsetzt, fällt entsprechend kritisch aus.

Nur 32 Prozent glauben, dass sich die Bundesregierung sehr stark oder stark für das Wohlergehen und die Förderung der Kinder einsetzt. Die Wahlfreiheit für Familien, z.B. bei der Entscheidung für ein passendes Betreuungsmodell ist aus Sicht von 28 Prozent, die Erhöhung der Chancengleichheit von Kindern aus benachteiligten Familien nach Meinung von 26 Prozent der Eltern ein Ziel, das die Koalition sehr stark oder stark verfolgt. Dass die Bundesregierung sich sehr stark oder stark für das Ziel einsetzt, die Geburtenrate in Deutschland zu erhöhen bzw. eine Überalterung der Gesellschaft zu verhindern, glauben 16 Prozent. Eine materielle Absicherung von Familien und die Bekämpfung von Armut gehört lediglich nach Einschätzung von 15 Prozent zu den vordringlichen familienpolitischen Zielen der derzeitigen Regierung. Besonders skeptisch zeigen sich diesbezüglich die Eltern mit mittlerer Schulbildung sowie die Alleinerziehenden.<sup>1</sup>

Die Anhänger der Union gehen zwar häufiger als die Anhänger von SPD und Grünen davon aus, dass sich die Bundesregierung stark oder sehr stark für die genannten Ziele einsetzt. Gleichwohl überwiegt auch unter ihnen insgesamt sehr deutlich der Anteil derer, die den Eindruck haben, diese Ziele seien für die derzeitige Regierung eher von nachrangiger Bedeutung.

---

<sup>1</sup> Als Alleinerziehende werden hier Mütter bzw. Väter definiert, die nicht mit einem Partner zusammenleben.

▪ Familienpolitische Ziele der Bundesregierung

Die Bundesregierung verfolgt folgende Ziele (sehr) stark:

	Wohlergehen und Förderung der Kinder	Wahlfreiheit für Familien	Erhöhung der Chancen- gleichheit von Kindern aus benachteiligten Familien	Erhöhung der Geburten- rate, Verhinderung einer Überalterung der Gesellschaft	Materielle Ab- sicherung von Familien, Be- kämpfung von Armut
	%	%	%	%	%
insgesamt	32	28	26	16	15
Ost	37	30	34	21	14
West	31	28	24	15	16
Hauptschule	44	31	27	27	22
mittlerer Abschluss	32	24	28	16	9
Abitur, Studium	31	30	25	14	17
Alleinerziehende	29	18	17	18	5
Anhänger der: CDU/CSU	49	39	40	21	25
SPD	23	26	19	13	7
Grünen	25	22	17	10	8

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, inwieweit sie verschiedenen Aussagen zu familienpolitischen Maßnahmen zustimmen.

Eine klare Mehrheit der Eltern (89 %) ist der Meinung, dass der Staat mehr Wert darauf legen sollte, benachteiligte Familien zu unterstützen, etwa Familien mit Migrationshintergrund, aus bildungsfernen Schichten oder mit behinderten Kindern. Dieser Ansicht sind ganz besonders die Anhänger von SPD und Grünen.

Ebenso sind die weitaus meisten (88 %) der Auffassung, das vordringliche Ziel der Familienpolitik sollte sein, Bedingungen zu schaffen, die dazu beitragen, dass wieder mehr Kinder geboren werden. Dieser Aussage stimmen die Anhänger von Union und SPD noch etwas häufiger als die Anhänger der Grünen zu.

Die Ansicht, der Staat solle dafür sorgen, dass Familien die Möglichkeit haben, das Betreuungsmodell für ihre Kinder zu wählen, das am besten zu den eigenen Bedürfnissen passt, wird ebenfalls ganz überwiegend geteilt (74 %). Vor allem die Jüngeren, die Eltern mit mittlerem oder niedrigerem Schulabschluss sowie die Beziehher geringerer Einkommen halten dies für eine wesentliche Aufgabe des Staates.

Etwas mehr als die Hälfte (59 %) findet, der Staat solle durch entsprechende Maßnahmen und Angebote darauf einwirken, dass Frauen und Männer bald nach der Geburt eines Kindes wieder arbeiten. Diese Ansicht findet sich vergleichsweise häufig unter den Anhängern der SPD.

▪ **Meinungen zu familienpolitischen Maßnahmen I**

Es stimmen den folgenden Aussagen voll und ganz oder überwiegend zu:	insgesamt	18- bis 34-Jährige	35- bis 44-Jährige	45 Jahre und älter	Hauptschule	mittlerer Abschluss	Abitur, Studium
	%	%	%	%	%	%	%
- Der Staat sollte viel mehr Wert darauf legen, benachteiligte Familien zu unterstützen	89	95	87	85	96	90	87
- Das vordringliche Ziel der Familienpolitik sollte sein, Bedingungen zu schaffen, die dazu beitragen, dass wieder mehr Kinder geboren werden	88	85	89	91	78	89	91
- Der Staat sollte dafür sorgen, dass Familien die Möglichkeit haben, das Betreuungsmodell für ihre Kinder zu wählen, das am besten zu den eigenen Bedürfnissen passt	74	85	69	68	89	80	67
- Der Staat sollte durch entsprechende Maßnahmen und Angebote darauf einwirken, dass Frauen und Männer bald nach der Geburt eines Kindes wieder arbeiten	59	65	55	58	50	61	59

▪ **Meinungen zu familienpolitischen Maßnahmen II**

Es stimmen den folgenden Aussagen voll und ganz oder überwiegend zu:	insgesamt	Haushaltsnettoeinkommen:		
		bis € 2.000	€ 2.000 bis € 3.000	€ 3.000 und mehr
	%	%	%	%
- Der Staat sollte viel mehr Wert darauf legen, benachteiligte Familien zu unterstützen	89	93	92	87
- Das vordringliche Ziel der Familienpolitik sollte sein, Bedingungen zu schaffen, die dazu beitragen, dass wieder mehr Kinder geboren werden	88	80	92	90
- Der Staat sollte dafür sorgen, dass Familien die Möglichkeit haben, das Betreuungsmodell für ihre Kinder zu wählen, das am besten zu den eigenen Bedürfnissen passt	74	83	77	68
- Der Staat sollte durch entsprechende Maßnahmen und Angebote darauf einwirken, dass Frauen und Männer bald nach der Geburt eines Kindes wieder arbeiten	59	63	61	58



▪ Meinungen zu familienpolitischen Maßnahmen III

Es stimmen den folgenden Aussagen voll und ganz oder überwiegend zu	insgesamt %	Anhänger der:		
		CDU/CSU %	SPD %	Grünen %
- Der Staat sollte viel mehr Wert darauf legen, benachteiligte Familien zu unterstützen	89	84	94	97
- Das vordringliche Ziel der Familienpolitik sollte sein, Bedingungen zu schaffen, die dazu beitragen, dass wieder mehr Kinder geboren werden	88	92	92	82
- Der Staat sollte dafür sorgen, dass Familien die Möglichkeit haben, das Betreuungsmodell für ihre Kinder zu wählen, das am besten zu den eigenen Bedürfnissen passt	74	73	76	66
- Der Staat sollte durch entsprechende Maßnahmen und Angebote darauf einwirken, dass Frauen und Männer bald nach der Geburt eines Kindes wieder arbeiten	59	56	73	63

## 2. Meinungen zur Förderung von Familien

Hinsichtlich der Familienförderung fände es eine große Mehrheit der Eltern gut, wenn mehr Geld für frühe Prävention mit dem Ziel, benachteiligte Kinder sehr früh zu fördern zur Verfügung stünde (93 %) bzw. ein nicht berufstätiger Ehepartner in der Krankenversicherung mitversichert werden könnte (91 %). 87 Prozent sprechen sich für ein flächendeckendes, nicht verpflichtendes Angebot an Ganztagschulen aus, 83 Prozent für die Einführung eines verpflichtenden kostenlosen letzten Kindergartenjahres. Das Ehegattensplitting zur steuerlichen Entlastung, wenn ein Ehepartner sehr viel weniger als der andere oder gar nichts verdient, halten 81 Prozent für gut. Einen flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag befürworten 78 Prozent, einkommensabhängiges Elterngeld für das erste Jahr nach der Geburt 69 Prozent. Für eine Verlängerung des beschlossenen Betreuungsgeldes bis zum dritten Geburtstag des Kindes sind 54 Prozent, für flächendeckende, verpflichtende Ganztagschulen ab der ersten Klasse 34 Prozent.

Für einen flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag sowie für flächendeckende, verpflichtende Ganztagschulen ab der ersten Klasse sind insbesondere Eltern im Ost-Teil des Landes.

Befragte mit niedrigem oder mittlerem Bildungsabschluss finden eine Verlängerung des beschlossenen Betreuungsgeldes bis zum dritten Geburtstag des Kindes deutlich häufiger als Befragte mit Abitur oder Hochschulabschluss gut.

▪ Meinungen zu Möglichkeiten der Familienförderung I

Es finden die Möglichkeit gut:	insge- samt %	Ost %	West %	Haupt- schule %	mittlerer Abschluss %	Abitur, Studium %
- Mehr Geld für frühe Prävention mit dem Ziel, benachteiligte Kinder sehr früh zu fördern	93	93	93	97	89	94
- Kostenlose Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehepartnern in der Krankenversicherung	91	87	92	93	90	91
- Flächendeckendes, jedoch nicht verpflichtendes Angebot an Ganztagschulen	87	87	87	79	90	87
- Einführung eines verpflichtenden kostenlosen letzten Kindergartenjahres	83	86	83	84	87	81
- Ehegattensplitting, das steuerlich entlastet, wenn ein Ehepartner sehr viel weniger als der andere oder gar nichts verdient	81	81	81	83	82	83
- Flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag	78	95	73	75	76	79
- Einkommensabhängiges Elterngeld für das erste Jahr nach der Geburt des Kindes, das monatlich mindestens € 300 und höchstens € 1.800 beträgt	69	66	69	63	69	70
- Verlängerung des beschlossenen Betreuungsgeldes in Höhe von monatlich € 100 bzw. € 150 bis zum dritten Geburtstag des Kindes	54	49	55	81	62	43
- Flächendeckende, verpflichtende Ganztagschule ab der ersten Klasse	34	54	29	31	39	31

Anhänger der Grünen sprechen sich fast ausnahmslos für mehr Geld für frühe Prävention aus, um benachteiligte Kinder frühzeitig zu fördern. Häufiger als die Anhänger der Union sind die Anhänger der Grünen außerdem für einen flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag.

Die Anhänger der Union sind häufiger als Anhänger der Grünen für eine Verlängerung des beschlossenen Elterngeldes.

■ Meinungen zu Möglichkeiten der Familienförderung II

Es finden die Möglichkeit gut:	insge-	Anhänger der:		
	samt	CDU/CSU	SPD	Grünen
	%	%	%	%
- Mehr Geld für frühe Prävention mit dem Ziel, benachteiligte Kinder sehr früh zu fördern	93	92	95	99
- Kostenlose Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehepartnern in der Krankenversicherung	91	91	92	85
- Flächendeckendes, jedoch nicht verpflichtendes Angebot an Ganztagschulen	87	83	87	91
- Einführung eines verpflichtenden kostenlosen letzten Kindergartenjahres	83	82	84	83
- Ehegattensplitting, das steuerlich entlastet, wenn ein Ehepartner sehr viel weniger als der andere oder gar nichts verdient	81	84	83	76
- Flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag	78	74	84	85
- Einkommensabhängiges Elterngeld für das erste Jahr nach der Geburt des Kindes, das monatlich mindestens € 300 und höchstens € 1.800 beträgt	69	73	71	72
- Verlängerung des beschlossenen Betreuungsgeldes in Höhe von monatlich € 100 bzw. € 150 bis zum dritten Geburtstag des Kindes	54	56	51	43
- Flächendeckende, verpflichtende Ganztagschule ab der ersten Klasse	34	31	36	33

65 Prozent der befragten Eltern geben an, Maßnahmen zur Frühförderung benachteiligter Kinder wären ihnen so wichtig, dass diese Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der kommenden Bundestagswahl hätten.

59 Prozent empfinden das Ehegattensplitting, 58 Prozent eine kostenlose Mitversicherung nicht berufstätiger Ehegatten in der Krankenversicherung und 57 Prozent den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag als so wichtig, dass es die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl beeinflusst.

Ein flächendeckendes, nicht verpflichtendes Angebot an Ganztagschulen ist für 54 Prozent, die Einführung eines verpflichtenden kostenlosen letzten Kindergartenjahres für 47 Prozent und das einkommensabhängige Elterngeld für ebenfalls 47 Prozent so wichtig, dass es Einfluss auf die Wahlentscheidung hat.

Für 41 Prozent sind flächendeckende, verpflichtende Ganztagschulen ab der ersten Klasse, für 40 Prozent die Verlängerung des beschlossenen Betreuungsgeldes bis zum dritten Geburtstag des Kindes wichtige Fördermaßnahmen, die Einfluss auf die Wahlentscheidung haben.

Die kostenlose Kranken-Mitversicherung nicht berufstätiger Ehegatten ist für westdeutsche häufiger als für ostdeutsche Befragte wichtig. Für Ostdeutsche hingegen ist ein flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung häufiger als für Westdeutsche eine Fördermaßnahme, die Einfluss auf die Wahlentscheidung hat.

Für Frauen spielen ein flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung, der Ausbau nichtverpflichtender Ganztagschulen sowie die Einführung eines verpflichtenden kostenlosen letzten Kindergartenjahres häufiger als für Männer eine Rolle bei der Entscheidung, welcher Partei man im September seine Stimme gibt.

▪ Einfluss der möglichen Fördermaßnahmen auf die Wahlentscheidung

Die Fördermaßnahme hat Einfluss auf die Wahlentscheidung:	insge- samt	Ost	West	Väter	Mütter	Anhänger der:		
						CDU/CSU	SPD	Grünen
	%	%	%	%	%	%	%	%
- Mehr Geld für frühe Prävention mit dem Ziel, benachteiligte Kinder sehr früh zu fördern	65	66	65	61	68	59	64	73
- Ehegattensplitting, das steuerlich entlastet, wenn ein Ehepartner sehr viel weniger als der andere oder gar nichts verdient	59	53	61	63	56	63	56	52
- Kostenlose Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehepartnern in der Krankenversicherung	58	49	61	58	58	58	55	52
- Flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag	57	75	53	50	64	52	67	60
- Flächendeckendes, jedoch nicht verpflichtendes Angebot an Ganztagschulen	54	48	56	48	60	51	60	54
- Einführung eines verpflichtenden kostenlosen letzten Kindergartenjahres	47	43	48	37	55	42	47	49
- Einkommensabhängiges Elterngeld für das erste Jahr nach der Geburt des Kindes, das monatlich mindestens € 300 und höchstens € 1.800 beträgt	47	51	46	43	50	47	57	39
- Flächendeckende, verpflichtende Ganztagschule ab der ersten Klasse	41	46	40	36	44	42	40	39
- Verlängerung des beschlossenen Betreuungsgeldes in Höhe von monatlich € 100 bzw. € 150 bis zum dritten Geburtstag des Kindes	40	39	40	36	43	39	47	39

Vor dem Hintergrund knapper Haushaltskassen wurden die befragten Eltern gebeten anzugeben, welche Einsparungsmöglichkeiten bei familienpolitischen Leistungen sie befürworten.

69 Prozent befürworten eine Kürzung des Elterngeldes für Familien mit einem Jahresbruttoeinkommen von über € 100.000, 53 Prozent eine Abschaffung des Kindergeldes für Familien mit hohen Einkommen. Eine Rücknahme des Betreuungsgeldes befürworten 49 Prozent als Möglichkeit, Geld einzusparen. Nur wenige Befragte (16 bzw. 2 %) sind für die Abschaffung des Ehegattensplittings oder für eine generelle Abschaffung des Kindergeldes.

Für eine Kürzung des Elterngeldes sowie für eine Abschaffung des Kindergeldes für Familien mit hohen Einkommen sind Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche und Väter häufiger als Mütter.

Befragte mit mittlerem oder weiterführendem Schulabschluss sind häufiger als niedrig Gebildete und Befragte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von über € 2.000 häufiger als Befragte mit weniger als € 2.000 Einkommen für eine Rücknahme des Betreuungsgeldes.

Anhänger der Grünen und der SPD sind häufiger als die Anhänger der Union für eine Elterngeldkürzung für gutverdienende Familien sowie für die Rücknahme des Betreuungsgeldes.

▪ Meinungen zu Einsparungsmöglichkeiten bei familienpolitischen Leistungen

Es befürworten die Einsparungsmöglichkeiten:

	Kürzung des Eltern- geldes für Familien mit hohem Ein- kommen	Abschaffung des Kindesgeldes für Familien mit hohem Einkommen	Rücknahme des Betreuungsgeldes	Abschaffung des Ehegatten- splitting	generelle Abschaffung des Kinder- geldes
	%	%	%	%	%
insgesamt	69	53	49	16	2
Ost	56	48	55	16	3
West	72	54	48	16	2
Väter	75	60	51	16	3
Mütter	64	47	48	17	1
Hauptschule	68	44	20	14	1
mittlerer Abschluss	74	57	45	12	2
Abitur, Studium	66	52	58	20	2
Haushaltsnettoeinkommen:					
- unter € 2.000	68	56	26	14	4
- € 2.000 bis € 3.000	72	60	47	13	1
- € 3.000 und mehr	69	49	56	19	2
Anhänger der CDU/CSU	62	50	43	13	2
SPD	71	58	60	19	3
Grünen	74	55	61	17	2



### 3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

16 Prozent der Befragten geben an, große Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu haben. 38 Prozent haben einige, 46 Prozent so gut wie keine Probleme mit der Vereinbarkeit ihrer familiären und beruflichen Aufgaben.

Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben überdurchschnittlich häufig Mütter und Eltern von Kindern zwischen 3 und 10 Jahren.

An dieser Einschätzung hat sich unter Eltern in den letzten vier Jahren im Wesentlichen nichts geändert.

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

		Es haben mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf		
		große Probleme	einige Probleme	so gut wie keine Probleme *)
		%	%	%
insgesamt:	2009	19	36	44
	2013	16	38	46
Väter		12	37	51
Mütter		19	39	41
Alter der Kinder:				
	- bis 2 Jahre	13	39	48
	- 3 bis 5 Jahre	18	42	40
	- 6 bis 10 Jahre	19	41	40
	- 11 bis 14 Jahre	16	36	48
	- 15 bis 17 Jahre	16	29	55

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Nur wenige Befragte sind der Meinung, der richtige Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes sei bereits nach dem Ende der Mutterschutzzeit (2 %) oder nach einem halben Jahr (5 %). 24 Prozent halten nach einem Jahr den richtigen Zeitpunkt für den beruflichen Wiedereinstieg gekommen, 8 Prozent nach anderthalb Jahren und 17 Prozent nach zwei Jahren. 32 Prozent halten den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit nach drei Jahren, 10 Prozent noch später für ideal.

Ostdeutsche Eltern sind ebenso wie Eltern mit Abitur oder Hochschulstudium häufiger als der Durchschnitt aller Befragten der Ansicht, der ideale Zeitpunkt für den beruflichen Wiedereinstieg sei nach einem Jahr gekommen. Dass Mütter erst wieder in die Berufstätigkeit einsteigen sollten, wenn das Kind drei Jahre alt ist, meinen insbesondere Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss.

▪ **Richtiger Zeitpunkt zur Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit**

Für eine Frau ist der richtige Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes nach

	dem Ende der Mutterschutzzeit %	einem halben Jahr %	einem Jahr %	anderthalb Jahren %	zwei Jahren %	drei Jahren %	später *) %
insgesamt	2	5	24	8	17	32	10
Ost	3	3	41	13	26	7	7
West	2	5	20	6	15	38	11
Hauptschule	2	2	11	8	15	50	10
mittlerer Abschluss	2	4	19	5	19	37	13
Abitur, Studium	3	6	30	9	17	24	8

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

40 Prozent der befragten Eltern bevorzugen eine Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, bei der der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet und sich vorrangig um Hausarbeit und Kinder kümmert. 38 Prozent präferieren die Variante, dass sowohl Mann als auch Frau die Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche reduzieren und sich die Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichermaßen aufteilen.

Dass beide Elternteile Vollzeit arbeiten und sich Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichermaßen aufteilen, finden lediglich 13 Prozent eine gute Lösung. Alle anderen Formen der Arbeitsteilung werden nur von wenigen befürwortet.

Eine gleichmäßige Aufteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung bei zwei Vollzeitarbeitenden Elternteilen bevorzugen insbesondere ostdeutsche Eltern.

Für eine Reduzierung der Arbeitszeit beider Elternteile auf 30 Stunden pro Woche sind vor allem die älteren, über 45 Jahre alten Eltern. Die jüngeren Eltern hingegen sind häufiger dafür, dass der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet.

■ Präferenz für Formen der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau I

Es bevorzugen folgendes Modell:	insge-*)	Ost	West	Mütter	Väter	18- bis 34-	35- bis 44-	45 Jahre
	samt	%	%	%	%	Jährige	Jährige	und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%
- Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau arbeitet Teilzeit und kümmert sich vorrangig um Hausarbeit und Kinder	40	34	42	38	42	51	39	32
- Mann und Frau reduzieren beide ihre Arbeitszeit auf 30 Stunden in der Woche und teilen sich Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichermaßen	38	30	40	36	40	32	37	45
- Mann und Frau arbeiten jeder Vollzeit und teilen sich Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichermaßen	13	32	9	17	10	12	15	13
- Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau kümmert sich ausschließlich um Haushalt und Kinder	6	2	7	6	6	4	7	7
- Die Frau arbeitet Vollzeit, der Mann arbeitet Teilzeit und kümmert sich vorrangig um Hausarbeit und Kinder	1	2	1	1	1	1	2	0
- Die Frau arbeitet Vollzeit, der Mann kümmert sich ausschließlich um Haushalt und Kinder	0	0	0	1	0	0	0	1

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keines davon“

Dass sowohl der Vater als auch die Mutter ihre Arbeitszeiten jeweils auf 30 Stunden pro Woche reduzieren, präferieren insbesondere Befragte mit weiterführender Bildung. Befragte mit niedrigem oder mittlerem Bildungsabschluss bevorzugen häufiger das Modell, bei dem der Mann Vollzeit, die Frau Teilzeit arbeitet.

▪ Präferenz für Formen der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau II

Es bevorzugen folgendes Modell:	insgesamt %	Hauptschule %	mittlerer Abschluss %	Abitur, Studium %	Anzahl der Kinder:		
					1 %	2 %	3 oder mehr %
- Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau arbeitet Teilzeit und kümmert sich vorrangig um Hausarbeit und Kinder	40	54	48	32	40	41	38
- Mann und Frau reduzieren beide ihre Arbeitszeit auf 30 Stunden in der Woche und teilen sich Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichermaßen	38	31	29	46	32	42	40
- Mann und Frau arbeiten jeder Vollzeit und teilen sich Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichermaßen	13	7	15	13	18	10	10
- Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau kümmert sich ausschließlich um Haushalt und Kinder	6	6	6	6	6	5	10
- Die Frau arbeitet Vollzeit, der Mann arbeitet Teilzeit und kümmert sich vorrangig um Hausarbeit und Kinder	1	1	1	1	2	0	1
- Die Frau arbeitet Vollzeit, der Mann kümmert sich ausschließlich um Haushalt und Kinder	0	0	0	0	0	0	0

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keines davon“

Die Mehrheit der befragten Eltern (57 %) setzt das Modell „Mann arbeitet Vollzeit, Frau Teilzeit“ in ihrer Familie um. Bei 16 Prozent arbeiten beide Vollzeit und teilen sich Hausarbeit und Kinderbetreuung, bei 14 Prozent geht lediglich der Mann arbeiten.

In ostdeutschen Familien ist es verbreiteter als in westdeutschen, dass beide Elternteile Vollzeit arbeiten und sich die familiären Pflichten gleichermaßen aufteilen.

Bei Befragten mit nur einem Kind ist es weiter verbreitet als bei Befragten mit 2 oder mehr Kindern, dass beide Elternteile Vollzeit arbeiten. In kinderreichen Familien mit 3 oder mehr Kindern kommt es häufiger als in kleineren Familien vor, dass die Mutter überhaupt nicht arbeiten geht.

▪ **Praktiziertes Modell der Arbeitsteilung \*)**

Es setzen folgendes Modell in ihrer Familie um:	insge-**)		Ost		West		Anzahl der Kinder:		
	samt						1	2	3 oder mehr
	%	%	%	%	%	%	%	%	
- Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau arbeitet Teilzeit und kümmert sich vorrangig um Hausarbeit und Kinder	57	50	59	59	56	55			
- Mann und Frau arbeiten jeder Vollzeit und teilen sich Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichermaßen	16	37	11	22	14	9			
- Der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau kümmert sich ausschließlich um Haushalt und Kinder	14	3	17	9	14	23			
- Mann und Frau reduzieren beide ihre Arbeitszeit auf 30 Stunden in der Woche und teilen sich Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichermaßen	6	5	6	4	8	4			
- Die Frau arbeitet Vollzeit, der Mann arbeitet Teilzeit und kümmert sich vorrangig um Hausarbeit und Kinder	2	3	2	2	2	3			
- Die Frau arbeitet Vollzeit, der Mann kümmert sich ausschließlich um Haushalt und Kinder	4	2	4	3	4	3			

\*) Basis: Befragte, die mit Partner zusammenleben  
\*\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keines davon“

Diejenigen Befragten, bei denen sich das Wunschmodell der Arbeitsteilung von dem tatsächlich umgesetzten Modell unterscheidet, wurden nach den ausschlaggebenden Gründen dafür gefragt, warum das Wunschmodell nicht umgesetzt wird.

45 Prozent geben an, das Wunschmodell nicht umzusetzen, da sonst das Einkommen zu gering wäre. 39 Prozent haben zu unterschiedliche Gehälter, 29 Prozent befürchten Nachteile im Beruf oder für die weitere Karriere. Ebenfalls 29 Prozent geben fehlendes Einverständnis des Arbeitgebers als Grund an, warum das Wunschmodell nicht umgesetzt wird. Fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind für 24 Prozent der Eltern ein Grund, warum das Wunschmodell der Arbeitsteilung nicht in die Tat umgesetzt wird. Bei 7 Prozent ist die Vorstellung über die Arbeitsteilung verschieden zu der des Partners.

▪ **Gründe für Nicht-Praktizieren des Wunschmodells der Arbeitsteilung \*)**

Der Grund ist ausschlaggebend, dass das Wunschmodell der Arbeitsteilung nicht umgesetzt wird:	insgesamt **)
	_____%
- Einkommen wäre zu gering	45
- Gehälter sind zu unterschiedlich	39
- Befürchtung von Nachteilen im Beruf oder für die Karriere	29
- fehlendes Einverständnis des Arbeitgebers	29
- fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten	24
- unterschiedliche Vorstellungen über die Arbeitsteilung mit dem Partner	7

\*) Basis: Befragte, deren Wunschmodell der Arbeitsteilung sich vom praktizierten Modell unterscheidet

\*\*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

#### 4. Meinungen zum Thema Kinderbetreuung

Dass es genügend Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder gibt, meinen lediglich 25 Prozent der befragten Eltern. Für Kindergartenkinder ab 3 Jahren gibt es nach Meinung von 64 Prozent, für kleinere Schulkinder bis 10 Jahre nach Meinung von 47 Prozent genügend Betreuungsplätze. Für größere Schulkinder bis 14 Jahre halten 44 Prozent, für ältere Schulkinder ab 15 Jahren 42 Prozent die Betreuungsplätze für ausreichend.

Väter sind häufiger als Mütter der Ansicht, dass es für über 10 Jahre alte Kinder genügend Betreuungsplätze gibt.

Anhänger der Union beurteilen die Anzahl an Betreuungsplätzen für alle Altersgruppen häufiger als die Anhänger von SPD oder Grünen als ausreichend.

##### ■ Betreuungsplätze

	Es gibt genügend Betreuungsplätze für				
	unter 3-jährige Kinder %	Kindergarten- kinder ab 3 Jahren %	kleinere Schulkinder bis 10 Jahre %	größere Schulkinder bis 14 Jahre %	ältere Schulkinder ab 15 Jahren %
insgesamt	25	64	47	44	42
Väter	29	63	54	49	47
Mütter	22	64	41	39	38
Anhänger der:					
CDU/CSU	32	71	48	50	47
SPD	24	54	43	36	32
Grünen	17	61	41	39	40

Im August dieses Jahres tritt der Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung für Kleinkinder unter 3 Jahren in Kraft.

Unabhängig von der eigenen Situation würden 48 Prozent für den Fall, dass sie für ein unter 3-jähriges Kind einen Betreuungsplatz benötigen und keinen erhalten, ihren Rechtsanspruch gerichtlich einklagen. 51 Prozent würden das wahrscheinlich nicht tun.

Den Rechtsanspruch gerichtlich einklagen würden vor allem Ostdeutsche, unter 35-Jährige, Eltern von nur einem Kind sowie Eltern von Kindern bis 2 Jahren. Auch die Anhänger der Oppositionsparteien würden häufiger als die Anhänger der Union den Rechtsanspruch notfalls gerichtlich einklagen.

▪ **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz**

	Es würden den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gerichtlich einklagen	
	ja %	nein *) %
insgesamt	48	51
Ost	65	34
West	44	56
18- bis 34-Jährige	59	41
35- bis 44-Jährige	47	53
45 Jahre und älter	40	59
Kinder unter 18 Jahren:		
- 1 Kind	51	49
- 2 Kinder	47	53
- 3 Kinder oder mehr	41	58
Alter der Kinder:		
- bis 2 Jahre	53	47
- 3 bis 5 Jahre	56	44
- 6 bis 10 Jahre	45	54
- 11 bis 14 Jahre	37	62
- 15 bis 17 Jahre	41	58
Anhänger der: CDU/CSU	39	61
SPD	58	41
Grünen	53	47

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



## 5. Meinungen zur Bildungspolitik

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, inwieweit sie verschiedenen Aussagen zum Thema Bildungspolitik zustimmen oder nicht.

Fast ausnahmslos (93 %) teilen die Eltern die Auffassung, dass eine Vereinheitlichung des Bildungssystems in allen Bundesländern dringend erforderlich ist.

Jeweils 60 Prozent halten das deutsche Bildungssystem grundsätzlich für veraltet bzw. meinen, dass die Trennung der Kinder in die verschiedenen Schulformen zu früh erfolge.

55 Prozent sind der Ansicht, dass bei der Bildung immer noch zu viel auf die Eltern abgewälzt wird und mehr Ganztagschulen dringend notwendig wären. Dass die Kinder vorschulisch zu wenig gefördert werden, meinen 48 Prozent. 44 Prozent würden ihr Kind aus dem öffentlichen Schulsystem herausnehmen und es auf eine Privatschule schicken, sofern sie es sich finanziell leisten könnten.

Trotz der hohen Zustimmung zu den eher kritischen Aussagen zum deutschen Bildungssystem geben 57 Prozent an, bei den eigenen Kindern keine schlechten Erfahrungen mit dem Bildungssystem gemacht zu haben.

Westdeutsche haben häufiger als Ostdeutsche keine schlechten Erfahrungen mit dem Bildungssystem gemacht. Alleinerziehende sind häufiger als der Durchschnitt aller Befragten der Meinung, dass bei der Bildung noch immer zu viel auf die Eltern abgewälzt wird und mehr Ganztagschulen notwendig wären.

Im Vergleich zur letzten Befragung 2009 ist der Anteil der Eltern etwas niedriger, die das deutsche Bildungssystem grundsätzlich für veraltet halten. Ebenso geben weniger Eltern an, dass sie der Meinung sind, dass die Kinder vorschulisch zu wenig gefördert werden. Gesunken ist auch der Anteil derjenigen, die eine Privatschule einer öffentlichen Einrichtung vorziehen würden.

▪ Meinungen zur Bildungspolitik I

Es stimmen den folgenden Aussagen voll und ganz bzw. überwiegend zu:

	Das Bildungssystem in Deutschland ist von Bundesland zu Bundes- land viel zu unterschied- lich. Es wäre dringend erforderlich, das Bildungs- system in allen Bundes- ländern zu vereinheitlichen	Das deutsche Bildungssystem ist grundsätzlich zu veraltet	Die Trennung der Kinder in verschiedene Schulformen erfolgt zu früh	Wir persönlich haben bei unseren Kindern keine schlechten Er- fahrungen mit dem Bildungssystem gemacht
	%	%	%	%
insgesamt: 2009	91	68	64	51
2013	93	60	60	57
Ost	94	65	62	47
West	92	59	59	59
Alleinerziehende	96	64	66	61
Kinder unter 18 Jahren:				
- 1 Kind	94	58	56	52
- 2 Kinder	92	62	61	61
- 3 Kinder oder mehr	90	57	61	61
Alter der Kinder:				
- bis 2 Jahre	92	60	46	53
- 3 bis 5 Jahre	94	60	58	67
- 6 bis 10 Jahre	90	55	62	60
- 11 bis 14 Jahre	92	64	65	57
- 15 bis 17 Jahre	95	66	65	54

▪ Meinungen zur Bildungspolitik II

Es stimmen den folgenden Aussagen voll und ganz bzw. überwiegend zu:

	Bei der Bildung wird noch immer viel zu viel auf die Eltern ab- gewälzt, dringend not- wendig wären mehr Ganztagsschulen	Unsere Kinder werden vor- schulisch zu wenig gefördert	Wenn ich es mir leisten könnte, würde ich mein Kind aus dem öffentlichen Schulsystem heraus- nehmen und es auf eine Privatschule schicken
	%	%	%
insgesamt: 2009	57	57	54
2013	55	48	44
Ost	61	48	52
West	54	49	42
Alleinerziehende	70	54	40
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1 Kind	55	50	42
- 2 Kinder	60	47	46
- 3 Kinder oder mehr	39	42	42
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	46	40	48
- 3 bis 5 Jahre	55	40	46
- 6 bis 10 Jahre	53	50	40
- 11 bis 14 Jahre	58	54	44
- 15 bis 17 Jahre	62	53	44

## 6. Für die Wahlentscheidung wichtige Themen

Die Eltern geben mehrheitlich (59 %) an, dass das Thema „Familie, Kinder und Bildung“ im Hinblick auf ihre Wahlentscheidung bei der kommenden Bundestagswahl eine genauso große Rolle spielt wie andere Problembereiche wie z.B. die ökonomische Krise, die Lage am Arbeitsmarkt oder die Alters- und Gesundheitsversorgung. Für 27 Prozent spielt das Thema „Familie, Kinder und Bildung“ eine größere, für 14 Prozent eine geringere Rolle für die Wahlentscheidung.

Bei Müttern sowie den Anhängern der SPD und der Grünen hat das Thema „Familie, Kinder und Bildung“ überdurchschnittlich häufig einen hohen Stellenwert für die Wahlentscheidung.

- Bedeutung des Themas „Familie, Kinder und Bildung“ für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl

Im Vergleich zu anderen Problembereichen spielt das Thema „Familie, Kinder und Bildung“ für sie persönlich eine

		größere Rolle %	geringere Rolle %	genauso große *) Rolle %
insgesamt:	2009	24	13	62
	2013	27	14	59
Ost		24	10	67
West		27	15	57
Väter		21	20	59
Mütter		31	9	60
18- bis 34-Jährige		26	6	68
35- bis 44-Jährige		32	14	54
45 Jahre und älter		21	21	58
Alter der Kinder:				
- bis 2 Jahre		31	8	61
- 3 bis 5 Jahre		26	10	64
- 6 bis 10 Jahre		29	12	59
- 11 bis 14 Jahre		26	19	55
- 11 bis 15 Jahre		23	23	54
Anhänger der CDU/CSU		24	18	58
SPD		33	9	58
Grüne		31	12	57

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Neben der sozialen Situation von Familien gibt es derzeit mit der Euro-Krise, dem globalen Klimawandel und der drohenden Altersarmut viele wichtige Themen für den kommenden Bundestagswahlkampf. Für 37 Prozent der befragten Eltern ist das wichtigste dieser Themen die Situation der Familien. 25 Prozent halten die Euro-Krise, 22 Prozent die drohende Altersarmut für das wichtigste Thema. Der globale Klimawandel ist nach Meinung von 14 Prozent der Eltern das wichtigste Thema.

Die Situation von Familien ist überdurchschnittlich häufig ein wichtiges Thema für ostdeutsche Eltern, Mütter, unter 35-Jährige, Eltern von Kindern bis 6 Jahren sowie für die Bezieher geringer Einkommen (bis € 2.000).

▪ Themenprioritäten

	Das wichtigste Thema ist			
	Situation von Familien %	Euro- Krise %	Alters- armut %	globaler *) Klimawandel %
insgesamt	37	25	22	14
Ost	44	24	18	12
West	35	26	23	14
Väter	32	33	20	13
Mütter	41	19	24	14
18- bis 34-Jährige	47	20	20	13
35- bis 44-Jährige	38	28	22	10
45 Jahre und älter	26	28	26	18
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 2.000	60	17	14	9
- € 2.000 bis € 3.000	33	15	33	18
- € 3.000 oder mehr	31	33	20	14
Alter der Kinder:				
- bis 2 Jahre	45	26	15	13
- 3 bis 5 Jahre	40	29	20	11
- 6 bis 10 Jahre	42	25	20	11
- 11 bis 14 Jahre	30	26	26	15
- 15 bis 17 Jahre	23	29	28	16
Anhänger der CDU/CSU	33	35	23	8
SPD	34	23	20	21
Grüne	38	14	18	26

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „nichts davon“

15 Prozent der befragten Eltern wissen nach eigenen Angaben in etwa darüber Bescheid, welche familienpolitischen Ziele die im Bundestag vertretenen Parteien verfolgen. 38 Prozent wissen dies nur von einzelnen Parteien.

Fast die Hälfte aller Eltern (47 %) weiß nicht über die familienpolitischen Ziele der im Bundestag vertretenen Parteien Bescheid.

Mehrheitlich nicht Bescheid wissen Mütter, unter 35-Jährige sowie Befragte mit niedriger oder mittlerer Schulbildung.

▪ **Kenntnis der familienpolitischen Ziele der Parteien**

Es wissen in etwa darüber Bescheid, welche familienpolitischen Ziele die im Bundestag vertretenen Parteien verfolgen

	ja %	ja, aber nur von einzelnen Parteien %	nein %
insgesamt	15	38	47
Ost	13	38	49
West	16	37	47
Väter	21	38	41
Mütter	11	37	52
18- bis 34-Jährige	6	34	60
35- bis 44-Jährige	15	40	45
45 Jahre und älter	25	38	37
Hauptschule	11	18	71
mittlerer Abschluss	8	33	59
Abitur, Studium	21	45	34
Anhänger der CDU/CSU	17	40	43
SPD	13	42	45
Grüne	18	46	36

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „nichts davon“

Von denen, die nicht darüber Bescheid wissen, welche familienpolitischen Ziele die Parteien vertreten, geben 32 Prozent als Grund dafür an, dass sie sich nicht so für das Thema interessieren. 65 Prozent wissen darüber nicht Bescheid, weil die Parteien ihrer Meinung nach darüber nur wenig informieren.

▪ Wissen über die familienpolitischen Ziele \*)

Es wissen nicht darüber Bescheid, welche familienpolitischen Ziele die Parteien verfolgen, weil

sie sich nicht so für das Thema interessieren      die Parteien nur wenig \*\*) darüber informieren

	%	%
insgesamt	32	65
Ost	43	55
West	29	68
Hauptschule	49	51
mittlerer Abschluss	30	67
Abitur, Studium	27	68

\*) Basis: Befragte, die über die familienpolitischen Ziele der Parteien nicht Bescheid wissen

\*\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Würde der Bundestag schon im Januar gewählt, dann würden sich 39 Prozent der wahlberechtigten Eltern für die Union, 24 Prozent für die SPD, 22 Prozent für die Grünen, 6 Prozent für die Linke und 3 Prozent für die FDP entscheiden.

Damit würden die Grünen bei den Eltern im Vergleich zu allen Wahlberechtigten im Durchschnitt etwas mehr Stimmen erhalten, während die Union und die Linkspartei von den Eltern etwas weniger Stimmen erhielten als von allen Wahlberechtigten.

▪ **Bundestagswahlabsicht**

	Eltern	Wahlberechtigte *) insgesamt	Differenz Eltern - Wahlberechtigte
	%	%	
CDU/CSU	39	42	- 3
FDP	3	3	0
SPD	24	24	0
Grünen	22	15	+ 7
Linke	6	8	- 2
Sonstige	6	8	- 2

\*) Umfrage im Auftrag des STERN (Woche 1 bis 5 2013)